Protokoll	Auszug
Behörde	Stadtrat
Klassifizierung	öffentlich
Beschluss-Nr.	267
Sitzung vom	13. Juli 2022

Stadt Bülach

16.04.24/04.03.0
Anfrage Britta Müller-Ganz betreffend Tiefenlager radioaktive Abfälle Nördlich Lägern
Antwort des Stadtrats

Anfrage von	Parlamentarierin Britta Müller-Ganz
Datum der Anfrage	08. Mai 2022
Titel der Anfrage	Tiefenlager radioaktive Abfälle Nördlich Lägern
Datum der Verlesung im Parlament	16. Mai 2022
Frist zur Beantwortung	16. Juli 2022 (Art. 48 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtparlaments)
Vorletzte Sitzung vor Fristablauf	29. Juni 2022
Letzte Sitzung vor Fristablauf	13. Juli 2022

Wortlaut der Anfrage
«Das Bundesamt für Energie (BfE) hat angekündigt, dass mit der Bekanntgabe der Standorte für die Tiefenlager betreffend radioaktive Abfälle voraussichtlich im Herbst 2022 auch die Verhandlungen mit den Gemeinden der Standortregion (sowie Standortkantone) zur finanziellen Abgeltung beginnen werden.
https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-88306.html
Für die Region Nördlich Lägern besteht erhebliche Wahrscheinlichkeit, dass diese als Standort für ein Tiefenlager bestimmt wird.

1. *Wie gedenkt sich der Stadtrat, auf allfällige Verhandlungen zur finanziellen Abgeltung vorzubereiten?*

2. *Gibt es Überlegungen, mit den weiteren Gemeinden der Standortregion eine Verhandlungsstrategie zu entwickeln?*

3. *Gedenkt die Stadt Bülach für diese Verhandlungen (Strategie, Ziele, Verfahren) professionelle Unterstützung beizuziehen?»*

Protokoll Auszug

Behörde Stadtrat

Klassifizierung öffentlich
Beschluss-Nr. 267
Sitzung vom 13. Juli 2022

Der Stadtrat **beschliesst:**

Die Fragen von Britta Müller-Ganz betreffend Tiefenlager radioaktive Abfälle Nördlich Lägern werden wie folgt beantwortet:

1. *Wie gedenkt sich der Stadtrat, auf allfällige Verhandlungen zur finanziellen Abgeltung vorzubereiten?*

Die Stadt Bülach ist mit Hanspeter Lienhart noch bis Ende 2022 in seiner Funktion als Präsident der PZU in der Regionalkonferenz Nördlich Lägern vertreten. Hanspeter Lienhart präsidiert die Regionalkonferenz seit vielen Jahren. Diese nimmt im Rahmen des laufenden Sachplanverfahrens die Partizipation unserer, möglicherweise von einem Tiefenlager für radioaktive Abfälle betroffenen, Region wahr. Sämtliche noch drei im Verfahren verbleibenden Regionen (Jura Ost, Zürich Nordost und Nördlich Lägern) haben mehrmals deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie von den Entsorgungspflichtigen nach dem ASR-Entscheid der Nagra (September 2022, Vorschlag der Nagra, in welcher Region oder welchen Regionen sie ein Rahmenbewilligungsgesuch einreichen möchte), verbindliche Zusagen für Abgeltungen fordern. Ob die Entsorgungspflichtigen dieser Forderung nachkommen, steht zurzeit noch nicht fest.

Das Bundesamt für Energie (BFE) hat als zuständiges Amt für das laufende Sachplanverfahren einen Ausschuss eingesetzt, welcher sich mit vorbereitenden Fragen und Antworten zu den Abgeltungsverhandlungen befasst. In diesem Ausschuss ist das BFE, die von einem Tiefenlager möglicherweise betroffenen Kantone Aargau, Schaffhausen, Thurgau und Zürich, sowie eine Delegation aus Deutschland, vertreten. Ebenfalls Mitglieder des Ausschusses sind die Regionalkonferenzen mit je zwei Personen. In unserer Region sind dies der Gemeindepräsident von Weiach, Stefan Arnold, und Hanspeter Lienhart, als Präsident der Regionalkonferenz. Voraussichtlich Ende August 2022 wird der Ausschuss die Empfehlungen verabschieden (Vereinbarungen zur Regelung von Verfahrensaspekten hinsichtlich Abgeltungsverhandlungen).

2. *Gibt es Überlegungen, mit den weiteren Gemeinden der Standortregion eine Verhandlungsstrategie zu entwickeln?*

Die Empfehlungen des erwähnten Ausschusses werden der Standortregion (vom Tiefenlager betroffene Gemeinden) zur Entwicklung einer Verhandlungsstrategie dienen. Der genaue Perimeter der Standort-

region steht zurzeit noch nicht definitiv fest und wird im Laufe des 4. Quartals 2022 im Rahmen des Sachplanverfahrens festgelegt. Es kann aber heute schon davon ausgegangen werden, dass sich dieser Perimeter weiter verkleinern wird.

3. *Gedenkt die Stadt Bülach, für diese Verhandlungen (Strategie, Ziele, Verfahren) professionelle Unterstützung beizuziehen?*

Den betroffenen Gemeinden der Standortregion oder Standortregionen wird professionelle Unterstützung angeboten. Die Stadt Bülach wird als mögliche Standortgemeinde auf professionelle Unterstützung zugreifen können. Allerdings ist zum jetzigen Zeitpunkt des Verfahrens nicht vorgesehen, dass einzelne Gemeinden der Standortregion Verhandlungen mit den Entsorgungspflichtigen führen. Vielmehr ist es sinnvoll, dass dannzumal die betroffenen Gemeinden auf ein Wahlverfahren für eine kompetente und demokratisch legitimierte Verhandlungsdelegation zugreifen können. Ebenfalls ist zu klären, wie ein allfälliges Verhandlungsresultat in der Region demokratisch legitimiert werden kann (alles Themen, welche der erwähnte Ausschuss zurzeit abschliessend behandelt).

4. Mitteilung an:
   a) Britta Müller-Ganz, via Parlamentssekretariat
   b) Mitglieder des Parlaments, via Parlamentssekretariat
   c) Nathalie Zollinger, Parlamentssekretärin
   d) Mitglieder des Stadtrats
   e) Peter Senn, Leiter Planung und Bau
   f) Mitglieder der Geschäftsleitung
   g) Medien
   h) Abonnenten für GR-Drucksachen

Stadtrat Bülach

Mark Eberli
Stadtpräsident

Christian Mühlethaler
Stadtschreiber